

Minderheitspartner und interner AfD-Streit: Sachsens SPD in der Klemme

Die Sozialdemokraten im Freistaat verfolgen Ansprüche, die sich in der Minderheitskoalition und im Landtag gegenüber der eigenen Parteibasis nicht immer umsetzen lassen. Das sorgt jetzt für Probleme.

[Gunnar Saft](#), [Franziska Höhn](#) und [Andreas Debski](#)

08.11.2025, 07:00 Uhr

Dresden. Sachsens Vize-Ministerpräsidentin Petra Köpping sitzt Ende Oktober zu später Stunde auf der Talkshow-Couch von Markus Lanz, um über den richtigen Umgang mit der AfD zu sprechen. Es deprimiere viele Menschen, mit denen sie spreche, dass diese Partei in Sachsen zwar als rechtsextremistisch eingestuft sei, daraus aber keine Einschränkungen für sie folgten, schildert die SPD-Politikerin dort. Ob sie auch ein AfD-Verbot befürworten würde, fragt Lanz. Und Köpping antwortet: „Ein Verbotsverfahren kann man einleiten, das finde ich, sollte man prüfen, ob das möglich ist, oder nicht.“

Doch als der sächsische Landtag nur zwei Tage darauf zu später Stunde auf Antrag der Linken darüber berät, ob sich Sachsen bei Bundesregierung und Bundesrat für die Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens einsetzen soll, scheinen diese Worte bereits vergessen zu sein. Dem Linkenantrag stimmen die Grünen zu, während AfD, BSW, CDU – und die SPD – ihn ablehnen. Auch Petra Köpping hebt ihre Hand zur Gegenstimme.

Linke und Teile der SPD-Basis enttäuscht

Diesem Scheitern folgt zunächst eine Pressemitteilung vom Rico Gebhardt, dem rechtspolitischen Sprecher der Linksfraktion. Mit Bezug auf CDU-Bundeskanzler Merz erklärt der Abgeordnete darin enttäuscht, es sei unglaublich, die AfD einerseits zum Hauptgegner zu erklären, den man mit allen zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln bekämpfen will, andererseits diese Mittel dann aber nicht auszuschöpfen.

Ein Vorwurf, den Teile der sächsischen SPD-Basis – zumindest indirekt – nun aber auch ihrer Spitzengenossin Petra Köpping macht. Vor allem der SPD-Ortsverein Dresden-Elbhänge/Schönfelder Hochland zeigt sich über das Abstimmungsverhalten enttäuscht. Sie hätten erst durch die Presse davon erfahren, kritisieren sie. Denn die Beschlusslage der SPD sei eine andere. „Bereits auf dem Dresdner Parteitag 2024, wie auch auf den Landes- und Bundesparteitagen 2025 wurden insbesondere konkrete Schritte zur Prüfung eines AfD-Verbots sowie die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Sammlung von Belegen beschlossen.“

Dies ist keine Kommunikation, die Vertrauen schafft.

Jutta Müller-Leonhardt

Co-Vorsitzende SPD-Ortsverein Dresden Elbhänge/Schönfelder Hochland

Der Ortsverein fordert Antworten von Fraktion wie Landespartei: warum nicht informiert und warum so abgestimmt wurde und wie man sich künftig positionieren möchte. „Wir sind sowohl was Inhalt als auch Kommunikation betrifft mehr als enttäuscht von Fraktion und Parteivorsitzenden auf Landes- und Stadtebene. Dies ist keine Kommunikation, die Vertrauen schafft“, erklärt die Co-Vorsitzende des Ortsvereins, Jutta Müller-Leonhardt.

Geholfen hat diese öffentliche Schelte bisher nicht, im Gegenteil. Auf Anfrage dieser Zeitung bestätigt

Müller-Leonhardt, dass es bis Freitag dieser Woche keine Reaktion gegeben habe, geschweige denn ein konkretes Gesprächsangebot. Dabei müssten die SPD-Spitzen über den Unmut bestens informiert sein, denn der Ortsverein hatte diesen auch per Brief an Fraktion wie Partei kundgetan. Vom Tisch ist das Thema trotzdem nicht. In der kommenden Woche will sich der Vorstand des Dresdner Unterbezirks offiziell mit der Angelegenheit befassen.

Einknicken vor der CDU?

Aber auch beim eigenen Parteinachwuchs, den Jusos, ist – deutlich verhaltener – ein Grollen spürbar. Ihr Landesvorsitzender Mats Rudolph meint: „Die Jusos in Sachsen suchen jetzt den Weg nach vorn und wollen den Vorfall zum Anlass nehmen, weiter Druck auf die SPD-Bundesspitze auszuüben, damit diese den Beschluss zur Vorbereitung des Verbotsverfahrens auch zügig umsetzt. Gleiches erwarten wir insbesondere auch von der SPD-Landesspitze.“ Aber nicht nur das.